

AUS LIEBE ZUM WIR

Die ganze Region im Blick

BARSINGHAUSEN ♥ BURG DORF ♥ UETZE ♥ BURGWEDEL ♥ GARBSEN
GEHRDEN ♥ HANNOVER ♥ HEMMINGEN ♥ ISERNHAGEN
LAATZEN ♥ LANGENHAGEN ♥ LEHRTE ♥ NEUSTADT AM RÜBENBERGE
PATTENSEN ♥ RONNENBERG ♥ SEELZE ♥ SEHNDE ♥ SPRINGE
WEDEMARK ♥ WENNIGSEN ♥ WUNSTORF

SPD- ZUKUNFTS- PROGRAMM

für die Region
Hannover zur
Kommunalwahl
am 13.9.2026

SPD
REGION HANNOVER

5 **1. Die ganze Region im Blick – Ein Programm für die Region, die mehr will**

Die Region Hannover feiert 2026 ihr 25jähriges Jubiläum. Wir feiern damit eine einzigartige Erfolgsgeschichte und 25 Jahre voller Innovationen und zukunftsweisender Entscheidungen: Im ÖPNV, im Gesundheitswesen, in der Schaffung sozialer Teilhabe, im Klima- und Umweltschutz sowie in den anderen Bereichen der Daseinsvorsorge. Was vor 25 Jahren als Zukunftsmodell für moderne und leistungsfähige Kommunalpolitik geschaffen wurde, ist nach wie vor einzigartig. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Region und den 21 Städten und Gemeinden hat sich bewährt – was nicht heißt, dass sie nicht noch erfolgreicher werden kann. Die Geschichte der Region ist auch die Geschichte von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – aus der SPD kamen die „Gründerväter“, die SPD stellt seit Beginn den Regionspräsidenten und die stärkste Fraktion. Diese Region trägt unsere Handschrift und das soll auch so bleiben!

Es geht nur zusammen. Wir wollen zuversichtlich und wir müssen realistisch sein. Beides schließt sich nicht aus, beides ist in Anbetracht der aktuellen Situation nötig. Die flächendeckende schwierige Finanzsituation der Kommunen, der Fachkräftemangel aber auch Entlassungen aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels sind auch in der Region Hannover präsent. Es ist unsere Aufgabe, auch unter diesen Umständen durch kluge Prioritätensetzung, Zusammenarbeit unter den Kommunen sowie mit den Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft und durch Optimierung von Verfahren sowie die Schaffung von Synergien Gestaltungsspielräume herauszuarbeiten.

Die Region Hannover muss Handlungsfähigkeit bewahren. Das hat sie in den letzten Jahren getan und so soll es bleiben. Dazu gehört auch, dass die regionseigenen Betriebe, die der Daseinsvorsorge dienen, wie KRH, Uestra, aha in öffentlich-rechtlicher Hand bleiben. Wir werden jeder Bestrebung, unsere kommunalen Betriebe zu privatisieren, entgegentreten. Die kommunale Ebene direkt vor Ort bei den Menschen ist der Ort, wo Demokratie und Staat direkt für die Menschen erlebbar wird. Es ist die Ebene, auf der Menschen zumeist direkt mit Verwaltung und dem Vollzug von Gesetzen in Berührung kommen. Dies muss für die Menschen funktionieren.

Wir wollen uns in der Kommunalpolitik der Herausforderung stellen, der zunehmenden Staatsverdrossenheit und Unzufriedenheit mit der Demokratie entgegenzutreten. Bedrückend ist die Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Angstmacherei, Ausgrenzungen und Verächtlichmachung unseres demokratischen Staates durch verschiedene Gruppen. Die steigenden Zahlen von Mobbing, verbalen und physischen Übergriffen, die Verrohung von Sprache im Netz und im persönlichen Umgang miteinander sind mehr als besorgniserregend.

40

5 Vor Ort kommen die Menschen unmittelbar mit Demokratie in Berührung, wenn sie vor die Haustür treten, hier werden die Dinge tatsächlich entschieden. Kommunalpolitiker*innen sind diejenigen, die mit den Menschen sprechen, ihre Sorgen und Nöte aufnehmen und ihnen, soweit es in ihrer Macht steht, aufzeigen, dass es sich lohnt, sich zu engagieren, sich für dieses Gemeinwesen einzusetzen und solche Werte wie Solidarität, Freundlichkeit und Miteinander zu leben.

10 Wir wollen für eine Region arbeiten, die sich gemeinsam mit den 21 ihr angehörenden Kommunen um die Menschen kümmert, dort, wo es notwendig ist und die die Kapazitäten dafür hat. Gleichzeitig müssen wir an vielen Stellen auch an die Verantwortung aller Menschen hier vor Ort appellieren und motivieren, selbst Verantwortung zu übernehmen. Hier gilt es, wieder die Balance zu finden. Es geht nur zusammen!

Inhalt

15	2. Arbeit, Wirtschaft, Beschäftigung	Seite 3
	3. Gesundheit und Soziales	Seite 5
	4. Umwelt- und Regionalplanung	Seite 10
	5. Mobilität	Seite 12
	6. Schule und Bildung	Seite 15
20	7. Gleichstellung und Integration	Seite 19
	8. Digitale Verwaltung	Seite 23
	9. Sicherheit und Ordnung	Seite 25
	10. Kultur in der Region Hannover	Seite 27
	11. Solide Finanzen & Zukunftsinvestitionen	Seite 28

25

2. Arbeit, Wirtschaft, Beschäftigung

Eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze müssen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehen. Die Schaffung von guten und sicheren Arbeitsplätzen ist ein Grundpfeiler sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und gesellschaftlicher Teilhabe. Voraussetzung dafür ist eine starke regionale Wirtschaft, die aus großen, aber vor allem auch vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region Hannover besteht. Deshalb verbinden wir unsere Beschäftigungspolitik mit einer aktiven Wirtschaftsförderung in der Region Hannover.

Wir setzen auf die Stärkung unserer regionalen Betriebe und unterstützen mit unserem Transformationsbüro ihre Weiterentwicklung und den Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten. Ziel muss die nachhaltige Verknüpfung von Digitalisierung, Klimaschutz und Beschäftigung sein. Digitalisierung, Klimaschutz und Beschäftigung sollen nachhaltig miteinander verbunden werden – auch und gerade vor Ort. Deshalb setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten, Kammern und Betrieben.

Zukunftschancen für junge Menschen

Der Fachkräftemangel betrifft uns auch in der Region Hannover. Damit wir langfristig und nachhaltig gute MitarbeiterInnen gewinnen, brauchen wir gute Perspektiven für die heranwachsende Generation im Arbeitsleben. Deshalb setzen wir das erfolgreiche „Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit“ nicht nur fort, sondern setzen uns aktiv für den Ausbau ein.

Wir geben eine Ausbildungsperspektive für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Region in Kooperation mit der regionalen Wirtschaft vor Ort durch Maßnahmen, mit denen wir kleine und mittelständische Unternehmen beispielsweise durch die Förderung von Kontakten zwischen Betrieben und Interessent*innen für eine Ausbildung unterstützen.

In diesem Rahmen wird das Projekt der Ausbildungslots*innen ausgeweitet. Ziel muss es sein, durch Gewinnung neuer Kooperationspartner in allen allgemein- und berufsbildenden Schulen Ausbildungslots*innen zu etablieren.

AzubiWerk Region Hannover: Für die Aufnahme einer Ausbildung ist die Wohnortnähe bzw. gute Erreichbarkeit ein wesentlicher Faktor. Dafür wollen wir das erste Azubiwohnheim der Region mit bezahlbaren Mieten bauen. Nach dem Vorbild von Hamburg und München soll die Miete 200-235 Euro nicht übersteigen. Beispielgebend soll die Regionsverwaltung selbst Zimmer bzw. Wohnungen für ihre Auszubildenden belegen. Ebenfalls dringen wir darauf, dass beim Bau von Studierendenwohnheimen auf dem Campus Garbsen und der TechFactory Nordstadt auch ein Kontingent für Azubiwohnen bereitgestellt wird.

Regionale Wirtschaft & Innovation

Wir fördern Wissenschaftstransfer und Ausgründungen, initiieren Forschungsverbundprojekte und Antragskonsortien und unterstützen junge Gründerinnen und Gründer dabei, Innovationen in nachhaltige und zukunftsweisende Geschäftsmodelle umzusetzen. Für eine Verzahnung von Forschung und Wirtschaft unter Beteiligung von Start-Ups und sonstigen innovativen Betrieben unterstützen wir insbesondere den Ausbau des Technologieparks Garbsen und der TechFactory Hannover Nordstadt.

Letztere soll in den ehemaligen Liegenschaften des Nordstadtklinikums entstehen. Bei der Nachnutzung dieser Flächen setzen wir auf eine ausgewogene Mischung von Gewerbe wie der TechFactory, Nahversorgung und Wohnraum. Die bisher angebotenen Coworking-Spaces bieten wir weiterhin an und werden sie mit dem oben genannten Technologiepark und Campus stark ausbauen.

5

Wir wollen, dass sich mehr Firmen in der Region ansiedeln. Mit den Wirtschaftsförderungen der Region sowie der Kommunen und „hannoverimpuls“, der gemeinsamen Wirtschaftsförderung von Stadt Hannover und Region, fördern wir gezielt Neugründungen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Zukunftsbranchen mit großem Arbeitsmarktpotential wie Digitalwirtschaft, Medizintechnik, Kreativwirtschaft und Multimedia. Die Arbeit von „hannoverimpuls“ werden wir durch nachhaltige politische Rahmen-

10

setzungen begleiten.

Wir nutzen die geplanten Coworking-Flächen von Start-ups und Berufsschulen – damit Innovation auch im lokalen Handwerk, in der Ausbildung entsteht.

15

Wir wollen das Programm „Generation H2“ auf Grundlage der bisherigen Erfahrungen mit einer klaren, realistischen Zielsetzung, wie, unter Förderung der Region, grüner Wasserstoff bei der Energiewende und der Dekarbonisierung von Verfahrenstechnik eingesetzt werden kann, neu aufstellen.

20

Weiterbildung

Um dem Fachkräftemangel auf der einen Seite zu begegnen und gleichzeitig den Beschäftigten, die durch den Strukturwandel z. B. in der Automobil-Industrie neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt benötigen, bedarf es in den kommenden Jahren besonderer Anstrengungen. Wir wollen daher einen „Qualifizierungspakt Region Hannover“ schmieden, der die Fachkräfte-Allianz stärkt und durch eine enge Kooperation mit Arbeitsagentur, Kammern und Gewerkschaften mit folgenden Maßnahmen diesen Prozess unterstützt

25

- Auflegung eines Programms „Return & Learn“: gezielte Unterstützung für Rückkehrer*innen, Quereinsteiger*innen, auch über 50, um beruflich neu durchzustarten.
- Etablierung von Berufslots*innen für Teilnehmende in Sprach- und Integrationskursen zur besseren Verzahnung von Sprachkursen (DaF) und Beruf sein- und -umstieg in der Region.
- Intensivierung der Kooperation mit Arbeitsagentur, Wirtschaftsförderungen und beruflicher Bildung, um Arbeitsplätze mit nachhaltiger Perspektive in zukunftsfähigen Branchen zu fördern.
- Ausbau der Koordinierungsstelle Frau & Beruf mit dem Ziel, Frauen bei der Fortsetzung ihres Berufslebens bzw. der Rückkehr dorthin zu unterstützen, speziell auch für Alleinerziehende.

30

35

Attraktiv und vielfältig – Arbeiten und Ausbildung bei der Region Hannover

Dies alles schaffen wir nur mit gut qualifizierten und hoch motivierten Mitarbeitenden in der Regionalverwaltung. Die Region ist selbst Arbeitgeberin für 3.000 Menschen, darunter viele Auszubildende.

40

Auch hier hat für uns trotz der angespannten Finanzlage der Schutz von bestehenden Beschäftigungsverhältnissen und der Ausbau guter Arbeitsplatzangebote oberste Priorität. Dafür bedarf es neuer Arbeitswelten mit modernen Bedingungen für gute Arbeits- und Ausbildungsplätze.

3. Gesundheit und Soziales

Die kommunale Daseinsvorsorge in den Bereichen Soziales, Wohnungswesen & Gesundheit der Region Hannover ist Kern sozialdemokratischer Politik. Wir schaffen verlässliche Strukturen, die Menschen in ihren Lebenssituationen helfen und benachteiligten bzw. erkrankten Menschen in ihren schwierigen individuellen Lebenssituationen unterstützen.

Dazu gehört unter anderem die Unterstützung der Vereine und Verbände, die wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernehmen. Das Ziel ist weiterhin, dynamisierte Zuwendungen auszahlend und Leistungsvereinbarungen abzuschließen. Dies schafft Verlässlichkeit und verbesserte finanzielle Planbarkeit bei Vereinen und Verbänden, die Zuwendungen von der Region Hannover erhalten. Gleichzeitig erwarten wir, dass die Angebote der Zuwendungsempfänger ständig weiterentwickelt und bei veränderten Bedarfen angepasst werden.

Gesundheitsversorgung flächendeckend sicherstellen

Hierzu gehört die Fortschreibung der Medizinstrategie, die eine flächendeckende, wohnortnahe und moderne Gesundheitsversorgung gewährleisten will. Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, dass das Klinikum Region Hannover (KRH) auf Dauer in der öffentlich-rechtlichen Hand der Region Hannover verbleibt. Die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere bei präventiven Angeboten – hier ist beispielhaft die Aufklärungsarbeit zu Frauenkrankheiten zu nennen -, der Ausbau der Palliativbetten in der Region Hannover, flächendeckende Erhaltung von Geburtsstationen, die Stärkung der Heimaufsicht, um gute Versorgungsbedingungen in den Pflegeheimen zu gewährleisten und die Prüfung der Gemeindepflegefachkraft sind ebenfalls Teil einer hervorragenden Gesundheitsversorgung in der Region Hannover. Auf dieser Basis kann die Region Vorreiter in Niedersachsen und Deutschland sein. Um diese Versorgung weiterhin gewährleisten zu können, müssen wir die Situation der Pflegekräfte im Blick behalten, denn der Fachkräftemangel in diesem Bereich geht eindeutig zu Lasten der vorhandenen Pflegekräfte. Insofern ist es wichtig, für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Dazu gehören Entlastungen im Arbeitsalltag, aber auch Sicherheitsfaktoren wie praxisorientierte Gewaltpräventions- und Schutzkonzepte.

Wir setzen uns dafür ein, dass an ausgewählten Standorten des KRH (weitere) Krankenhausambulanzen entstehen, um die wohnortnahe, spezialisierte ambulante Versorgung zu stärken und das Angebot für unsere Bürgerinnen und Bürger zu ergänzen.

Ein wichtiges Anliegen ist der Ausbau der Pflegeinfrastruktur. Gezielte Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass z. B. mehr Plätze für Tages- und Kurzzeitpflege geschaffen werden. Außerdem wird angestrebt, die Versorgungslage hinsichtlich der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die Wartezeit auf einen Therapieplatz von derzeit 1,5 Jahren soll stärker reduziert werden.

Im Rahmen der Medizinstrategie 2030 soll die Grundversorgung von Schwangerschaftsabbrüchen sichergestellt werden. Hier kommt den Krankenhäusern eine wichtige Schlüsselrolle zu. Es bedarf einer Verlässlichkeit und Erweiterung des Angebots, sodass der Zugang zum Schwangerschaftsabbruch zeitnah in Regionskrankenhäusern besteht und im Rahmen der Wahlfreiheit alle Methoden angeboten werden.

Weiterführung der Hörregion

Wir setzen uns für die Weiterführung der Hörregion über das Jahr 2028 ein, die seit 2016 gutes Hören fördert. Ein interdisziplinäres Netzwerk aus medizinischer, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, pädagogischer und kultureller Perspektive hat sich zusammengefunden, um das Hörvermögen zu stärken, die akustische Wahrnehmung zu fördern und damit die Lebensqualität der Menschen in der Region zu erhöhen.

Sozialen Wohnungsbau aktiv fördern

Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum übersteigt das Angebot deutlich. Darum fördern wir den Wohnungsbau vor Ort und setzen dabei auch auf die Beteiligung von Wohnungsgenossenschaften, die für bezahlbaren, langfristig gesicherten Wohnraum stehen. Die Region hat die Möglichkeit, im Raumordnungsprogramm gezielt Flächen für den Wohnungsbau auszuweisen, gleichzeitig Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Förderprogramme zu entwickeln. Deshalb streben wir an, unsere kommunalen Wohnungsbaugesellschaften mit mehr finanziellen Mitteln zu stärken.

Darüber hinaus ist es notwendig, Wohnprojekte zu unterstützen, die preiswerte Mietwohnungen und soziale Bauprojekte in den Blick nehmen. Wir wollen aktiv die Entwicklung neuer Wohnkonzepte unterstützen, um z. B. Mehrgenerationenwohnen als attraktive Alternative zu herkömmlichen Wohnmodellen zu etablieren. Dabei sollen auch die Bedarfe der Mittelschicht berücksichtigt werden, die sich zunehmend der Problematik zu hoher Mieten gegenübersehen. Des Weiteren ist eine Neuauflage der bisherigen Wohnbauprämie der Region Hannover notwendig.

Das heißt, zukünftig soll die Vergabe nur an Kommunen erfolgen, die eine Sozialquote festlegen. Zudem müssen Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern stärker finanziell gefördert werden.

Für uns als SPD ist es wichtig, Menschen in Notlagen zu unterstützen. Deshalb setzen wir uns für die regionale Ausweitung von Streetwork, Suchthilfeangeboten, Kälte- und Duschbussen, in der gesamten Region ein. Wichtig ist uns auch, das Miteinander der verschiedenen Generationen zu stärken, z. B. durch Unterstützung von Partnerbesuchsdiensten mit Schwerpunkt Jung und Alt, Förderung von Nachbarschaftsnetzwerken und -patenschaften: für Austausch, gegenseitige Unterstützung, gemeinsame Gestaltung des Wohnumfelds. All diese Vorhaben schließen ausdrücklich die Belange und Bedürfnisse von Menschen mit Schwerbehinderung ein. Darum ist es sinnvoll, die Stabsstelle Menschen mit Behinderung zu stärken, um Inklusion im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention zu fördern.

Region Hannover: ein Familienstandort mit Perspektiven

Die Region Hannover und die Regionalkommunen bieten niedersachsenweit ein schon sehr gutes Betreuungsangebot, das mit der Unterstützung der SPD in den letzten fünf Jahren beständig ausgebaut wurde. Auf diese Weise können Familien in der Region ihren beruflichen Tätigkeiten auch ohne Sorgen nachgehen. Familien brauchen Verlässlichkeit.

Die Region Hannover als Trägerin der Jugendhilfe trägt gemeinsam mit den Familien die Verantwortung dafür, dass Kinder und Jugendliche sicher aufwachsen, Förderung erhalten und Familien in belastenden Lebenslagen nicht allein bleiben. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen, allen Familien Chancen für ein gutes Leben unabhängig von Herkunft und Geldbeutel zu eröffnen.

5

Deshalb machen wir als SPD Kinder- und Jugendhilfe zu einer Politik der Verlässlichkeit: Wir bieten Hilfe von Anfang an, wir vernetzen die Akteur*innen, wir bekämpfen Armut, wir stärken den

10

Kinderschutz und bieten den Jugendlichen durch ansprechende Programme echte Perspektiven. Jedes Kind und jeder junge Mensch in der Region Hannover verdient Schutz, Förderung und faire Chancen.

Teilhabemöglichkeiten ausschöpfen, um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu bieten

15

Eltern wünschen sich für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch Unterstützung in ihren täglichen Erziehungsaufgaben, da die Anforderungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Die SPD möchte den Familien neben der Tagespflege, Krippen- und KiTa-Betreuung in der Region auch zusätzliche Unterstützungen in ihren Erziehungsaufgaben anbieten.

20

Wir unterstützen das Koordinierungszentrum „Frühe Hilfen – Frühe Chancen“ und setzen uns gemeinsam mit den Kommunen für den stetigen Ausbau von Elterntreffs und Familienzentren ein. Diese Projekte bieten den (werdenden) Familien vorsorgende Angebote in Fragen der Schwangerschaft, Erziehung, frühkindlicher Förderung sowie Informationen und schaffen klare Zuständigkeiten. Wichtig ist uns eine stabile Finanzierung, um langfristig Familienhilfe leisten zu können.

25

Deshalb müssen mit Hilfe von Landes- und Bundesmitteln die Netzwerke der „Frühen Hilfen“ für unsere Kleinsten weiter gestärkt und nach Bedarf auf- bzw. ausgebaut werden. Die SPD sieht hier noch weiteren Nachholbedarf. Wir möchten in den nächsten 5 Jahren weitere Familienzentren in der Region Hannover aufbauen.

30

Auch der Ausbau der Tagespflege, Krippen und KiTas liegt uns am Herzen, da dies ein wesentlicher Baustein der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Seit der letzten Kommunalwahl 2021 hat die SPD maßgeblich durch verbesserte Richtlinien, Qualifizierungsmaßnahmen und verschiedene Programme, wie Sprachförderung, die Qualität in den Einrichtungen verbessert. Daher begegnen wir auch in Zukunft dem Bildungsauftrag mit dem qualitativen und quantitativen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen.

35

Außerdem setzen wir uns für den Ausbau der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften ein. Es fehlen noch immer eine deutliche Anzahl von Sozialassistenten und Erzieher*innen.

40

Unser Ziel bleibt es, mehr und vor allem gut ausgebildetes pädagogisches Personal für unsere Kleinsten in Krippen & KiTas vorzuhalten. Die SPD hat es in den letzten fünf Jahren geschafft mehr Schulplätze für angehende pädagogische Fachkräfte einzurichten, damit zeitnah zusätzliches Fachpersonal zur Verfügung steht.

Kinderschutz: schnell, verlässlich, multiprofessionell

Kinderschutz braucht klare Abläufe, erreichbare Fachkräfte und sichere Schutzplätze. Wir stärken die Zusammenarbeit von Jugendamt und Region, freien Trägern, Schulen, Kitas, Gesundheitswesen und Polizei, indem wir Schutz- und Krisenangebote der Region (u.a. Waldhof/Inobhutnahme) auch weiter-

5 hin personell und qualitativ sichern. Außerdem stellen wir finanzielle Mittel bereit, um Qualitätsstandards im Kinderschutz verbindlich weiterzuentwickeln.

Außerdem wollen wir uns stärker dafür einsetzen, dass Kinder, Jugendliche und Familien wohnortnahe Unterstützung durch Erziehungsberatungsstellen erhalten. Für Familien, die sich in einer erzie-

10 herischen Notlage befinden, sind kurze Wege und schnelle Hilfe wichtig. Es sollte Prävention immer Vorrang vor kostenintensiver Erziehungshilfe haben.

Familien unterstützen – Armut bekämpfen – Teilhabe sichern

Kinderarmut ist kein Randthema: Sie entscheidet über Gesundheit, Bildung und Zukunft. Als SPD sehen wir es als sozialdemokratische Kernaufgabe, Kinderarmut in ihren Folgen einzudämmen. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Stärkung von Teilhabemöglichkeiten in Freizeit, Kultur und Sport ein. Weiterhin werden wir die Präventions- und Beratungsangebote optimieren und die Zugänge zu Unterstützungsleistungen durch verständliche, digitale, mehrsprachige Informationen vereinfachen. Daher werden wir dafür sorgen, dass die Jugendhilfe mit dem Jobcenter noch enger zusammenarbeitet, um

15 drohenden Kinderarmut stärker etwas entgegenzusetzen.

20

Pflegekinder, Adoption, stationäre Hilfen: Beziehungen sichern, Übergänge begleiten

Kinder brauchen verlässliche Bindungen und Stabilität– auch, wenn sie nicht in der Herkunftsfamilie leben können, sondern in einer Ersatzfamilie. Daher wollen wir durch verschiedene Kampagnen und

25 Projekte mehr Pflegeeltern gewinnen. Dafür muss der Pflegekinderdienst weiter ausgebaut werden. Ziel ist es Pflegefamilien zu finden, sie gut zu begleiten und zu beraten, um Voraussetzungen zu schaffen, damit es zu einer verlässlichen Bindung zum Pflegekind kommen kann. Bindung und Stabilität sind neben gesichertem Wohnraum für Kinder Grundvoraussetzung, um später ein selbstständiges Leben führen zu können.

30

Daher müssen auch unsere stationären Hilfen ausgebaut und gestärkt werden, damit Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien oder Pflegefamilien leben, ebenfalls Bindung und Stabilität lernen und diese aufbauen können. Auch Jugendliche in stationären Einrichtungen wollen in die Verselbständigung begleitet werden. Ausbildung ist und bleibt eine der besten Voraussetzungen

35 für ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben.

Auch zukünftig fördern wir als SPD den flächendeckenden Ausbau der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit sowie eine bessere Verzahnung der verschiedenen Leistungsträger.

Außerschulische Bildungsangebote für unsere Jugendlichen

Jugendliche, die in den Regelschulen keinen Abschluss erreichen konnten, sollen durch außerschulische Bildungsangebote, die sich an den Bedarfen der Jugendlichen orientieren, eine berufliche Perspektive erlangen. Die SPD unterstützt und fördert die mit den Bildungsträgern erarbeiteten Angebote.

Jugendliche ohne Schulabschluss brauchen weitere Bildungs- und Ausbildungsangebote, um nicht dauerhaft von Sozialleistungen abhängig zu sein. Umso wichtiger ist uns die Weiterführung bestehender qualitativer Angebote wie das Pro-Aktiv-Center (PACE), welches jungen Menschen den Weg in Ausbildung und Beruf erleichtert.

5

Regionales Ehrenamt – unverzichtbar!

Ehrenamtliche bereichern das gesellschaftliche Leben auf vielfältige Art und Weise. Sie setzen sich in ihrer Freizeit in unterschiedlichsten Bereichen ein, Im Sport, in kulturellen und sozialen Einrichtungen. Sie gestalten unsere Demokratie mit, um nur einige Beispiele zu nennen.

10

Diese Personengruppe gebührt unser großer Dank. Deshalb ist es uns ein wichtiges Anliegen, sie verlässlich zu unterstützen und ihnen gute Rahmenbedingungen zu bieten. Das geschieht z. B. durch Unterstützung von Vereinen bei der Digitalisierung sowie finanzielle Unterstützung, gute Beratungsangebote, öffentliche Würdigung von ehrenamtlichem Engagement (z. B. Regions-Ehrenamts-Preis für Helfer*innen mit Herz), Ausbau der Ehrenamtskarte. Sie ermöglicht viele Vergünstigungen in den Bereichen Bildung, Gastronomie, Kultur und Freizeit. Tourismus und Verkehr. Das Deutschland-Ticket bietet Ehrenamtliche eine erhebliche Vergünstigung, die sich direkt im Geldbeutel bemerkbar macht.

15

Ohne ehrenamtliches Engagement wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer.

20

4. Umwelt- und Regionalplanung

Wir Sozialdemokrat*innen arbeiten weiter daran, dass unsere Region das Ziel, bis 2035 klimaneutral zu werden, konsequent weiterverfolgt. Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung ein umfassendes Klimainvestitionsprogramm ausgearbeitet. Jetzt schaffen wir die Grundlagen für nachhaltigen Klimaschutz in der Region Hannover. Dafür müssen wir noch konsequenter in eine nachhaltige Wirtschaft, in klimateffizientes Bauen und eine Energieerzeugung aus dezentralen und erneuerbaren Quellen investieren. Wesentlich ist dabei die Integration der Klimapolitik in alle regionalen Planungsprozesse. Das wird uns besser und stärker gelingen, je enger wir mit den Städten und Gemeinden der Region zusammenarbeiten.

Der Alltag der Menschen muss funktionieren. Wir wollen deshalb in diesem Arbeitsbereich folgende Schwerpunkte setzen:

Klima- und Umweltschutz

Klimaschutz und -prävention

Wir streben an, bis 2035 flächendeckend Solaranlagen auf regionseigenen Dächern (Schulen, Betriebsgebäuden, rekultivierten Deponien) zu errichten. Außerdem unterstützen wir unsere regionseigenen Kommunen durch geeignete Förderprogramme darin, die Energiewende vor Ort umzusetzen. Deshalb wollen wir die kommunale Wärmeplanung nicht nur unterstützen, sondern die vorhandene Förderung ausbauen.

Ein Solarbeschleunigungsprogramm in Zusammenarbeit mit lokalen Handwerksbetrieben soll geprüft werden. Ziel ist die Ausstattung aller geeigneten regionseigenen Dachflächen sowie großer Parkplätze mit Photovoltaik.

Seit Jahren unterstützt die Region auf Initiative der SPD-Fraktion Vereine bei der energetischen Sanierung ihrer Sportstätten. Diese Förderung wollen wir uneingeschränkt fortsetzen.

Einen besonderen Schwerpunkt müssen wir in den nächsten Jahren in den Bereich der Klimafolgenanpassung setzen. Denn durch den Klimawandel nehmen Extremwetterereignisse wie langanhaltender Starkregen und die damit verbundenen Hochwasserrisiken deutlich zu. Es ist deshalb unumgänglich, dass der Hochwasserschutz ausgebaut wird und bestehende bzw. in Gründung befindliche Hochwasserpartnerschaften zwischen den Kommunen unterstützt werden. Dafür wollen wir ein regionales Hochwasserkompetenzzentrum aufbauen. Zusätzlich setzen wir auf Entsiegelung, den Ausbau von Stadtgrün sowie Maßnahmen zum Schutz vor Hitze in dicht besiedelten Räumen.

Außerdem muss der Katastrophenschutz in der gesamten Region gestärkt werden und an die klimabedingten Anforderungen angepasst werden. Dabei werden alle Kommunen sowie das Land Niedersachsen eingebunden, um die Maßnahmen weiter auszubauen.

Die ökologische Wiederherstellung von Fließgewässern sowie die nachhaltige Wiedervernässung von Mooren und Wäldern sind nicht nur wichtige Maßnahmen im Rahmen des Umwelt- und Naturschutzes, sondern auch ein effektives Mittel für den Hochwasserschutz. Durch den forcierten Ankauf von Moorflächen fördern wir aktiv die CO²-Speicherung und stoppen die Freisetzung von Treibhausgasen.

Aktives Wassermanagement

Eine weitere Folge des Klimawandels sind steigende Temperaturen und längere Dürreperioden, die ein Trockenfallen von Flüssen, Bächen und Seen zur Folge hat und zu einem drastischen Verlust an Grundwasser führt.

5

Das Fuhrberger Feld ist mit rund 30.400 Hektar Fläche das größte zusammenhängende Grundwasserschutzgebiet Norddeutschlands und deckt 45,7% des Wasserbedarfs der Region Hannover ab. Um die Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten, ist der Schutz des Grundwassers zu priorisieren. Dazu bedarf es eines aktiven Wassermanagements. Das soll nicht nur unser Trinkwasser schützen, sondern auch sicherstellen, dass eine sichere Feldberegnung gewährleistet werden kann. Damit eine Versorgung mit regionalen gesunden Lebensmitteln weiter möglich ist. Wir unterstützen eine umweltfreundliche Landwirtschaft sowie Maßnahmen zum Schutz von Boden und Grundwasser.

10

Kreislaufwirtschaft

Mit der Einführung von Abfalltonnen haben wir bereits einen großen Beitrag zu umweltgerechter Abfallwirtschaft und Sauberkeit auf unseren Straßen geleistet. Künftig werden eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft und Stoffkreisläufe zu verbessern, ein neues Wertstoffhofkonzept mit Zugangsbeschränkung auf die Gebühren zahlenden der Region zu entwickeln und die Einrichtungen der Technologie am Standort Lahe und bei den Fahrzeugen den neuesten Anforderungen anzupassen sein.

20

Regionalplanung

Durch das Instrument der Raum- und Flächenplanung gestalten wir aktiv unsere Klimaziele. So haben sich z. B. seit der letzten Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) 2016, wesentliche Randbedingungen verändert: die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen (vor allem Wind und Photovoltaik) unterliegt jetzt besonders erleichterten Regelungen im Rahmen der Planung – diese sind im RROP 2026 einzuarbeiten.

25

Windenergie ist dabei ein zentraler Baustein für mehr Unabhängigkeit und eine sichere, nachhaltige Energieversorgung in unserer Region. Auch vor dem Hintergrund der Energiepreiskrisen ist es wichtig, dass wir die Flächenbereitstellen und unsere eigene Energie vor Ort erzeugen.

30

Für das Standortmarketing sind das Vorhalten geeigneter Flächen für Wohnungsbau und wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch für Freizeit und Naherholung wesentliche Kriterien bei der Standortauswahl von Ansiedlungen. Die Region verfolgt weiterhin das Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauchs, indem auch insbesondere beim Wegfall von Naturräumen gleichwertige Ausgleichsflächen geschaffen werden.

35

Die Leuchtturmprojekte der regionalen Naherholung müssen weiter gestärkt werden: Der Erlebniszoo Hannover braucht weiter Unterstützung, um attraktiv zu bleiben; das Steinhuder Meer mit der Insel Wilhelmstein als touristischer Anziehungspunkt ist auf die weitere Förderung der Region Hannover und der Anrainer angewiesen; der Deister als wertvoller Naturraum im Süden der Region muss geschützt werden und ist als Erholungsraum für alle da. Die dort bestehenden Konflikte (Mountainbiker) müssen im Sinne aller Nutzenden gelöst werden. Der Schutz der biologischen Vielfalt wird als eigenständiges Ziel verfolgt. Wir stärken Lebensräume für Insekten und Vögel und bewirtschaften regions-eigene Flächen pestizidfrei.

40

45

5. Mobilität

Der öffentliche Nahverkehr ist unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wir arbeiten deshalb konsequent weiter an einem ÖPNV, der bezahlbar, gut ausgebaut, leistungsstark, barrierefrei und sauber ist, der die digitalen Möglichkeiten ausschöpft und auf nachhaltige Antriebsformen setzt. Unser Ziel ist eine zukunftssichere Mobilität in der Landeshauptstadt wie auch im Umland mit einem klugen Konzept, das die Stärken des ÖPNV und des Individualverkehrs optimal verzahnt. Dabei ist uns besonders wichtig:

- der Erhalt des sprinti und die Ausnahmeregelungen dieses Angebots für einzelne Bereiche der Tarifzone B der Region Hannover, die hinsichtlich der Erreichbarkeit ähnliche Bedingungen aufweisen wie die Tarifzone C,
- der Ausbau von Radschnellwegen,
- die Instandsetzung der Kreisstraßen
- und die Verlängerung von Stadtbahnlinien, z. B. nach Arnum.

Den strategischen Rahmen bildet der Verkehrsentwicklungsplans 2035+. Dessen Umsetzung begleiten wir aktiv, treiben die Umsetzung von Maßnahmen voran und stoßen eine Weiterentwicklung an. Wichtiger Bestandteil ist die „Vision Zero“, also das langfristige Ziel von Null Verkehrstoten in der Region.

Für einen zukunftsfähigen ÖPNV, der in der ganzen Region eine echte Alternative zum PKW von Haustür zu Haustür darstellt, wollen wir die folgenden Schritte unternehmen:

Barrierefreiheit

Mobilität muss für alle möglich sein. Wir unternehmen den schrittweisen Umbau von Bahn- und Bushaltestellen und schaffen barrierefreie Zugänge an allen wichtigen Umsteigepunkten. Pro Ortschaft in einer regionsangehörigen Kommune muss es mindestens eine barrierefreie Haltestelle geben.

Bezahlbarer ÖPNV

Der ÖPNV ist nur dann eine Alternative zum Individualverkehr, wenn er nicht teurer ist. Für Fahrten innerhalb der jeweiligen regionsangehörigen Stadt oder Gemeinde muss es ein Ein-Zonen-Ticket geben. Wir halten an günstigen Tarifen für Kinder, Senior*innen und Menschen mit geringem Einkommen fest sowie an der Vergünstigung für Inhaber*innen der Ehrenamtskarte. Das Deutschlandticket und das Jobticket stärken Pendler*innen und sind ein wichtiger Baustein, um den ÖPNV attraktiv im Vergleich zum Individualverkehr zu machen. Die von uns eingeführte Jugendnetzkarte wird preiswert bleiben. Langfristig setzen wir uns dafür ein, die ÖPNV-Nutzung für alle Schüler*innen, Auszubildenden und Absolvierenden von freiwilligen Diensten in der Region Hannover kostenlos zu ermöglichen.

Vernetzte Mobilität & Angebotsausbau

Wer will, dass Menschen in der Region Hannover auf die Nutzung eines eigenen PKW weitgehend verzichten können, der muss dafür sorgen, dass sie überall auch bis ans Ziel kommen. Die halbe Strecke nützt nichts. Der Aufbau weiterer Mobilitätshubs an Verkehrsknotenpunkten ist ebenfalls ein zentraler Baustein, damit der ÖPNV am Ende auch in ländlicheren Bereichen eine echte Alternative

zur Nutzung des eigenen PKW darstellt. Wir schaffen eine intelligente Verknüpfung von Bus, Bahn, Carsharing und Fahrrad. Die Taktung muss ebenfalls stimmen. Auch öffentliche Ladeinfrastruktur muss fester Bestandteil der Mobilitäts-Hubs sein. Carsharing ist gerade in ländlichen Bereichen noch nicht so verbreitet, weil es sich für Anbieter nicht im selben Maße lohnt. Hier prüfen wir eine stärkere Förderung, um das Konzept in der Region weiter auszurollen.

Der Erhalt und die Stärkung umsteigefreier Schnellverbindungen sind ebenfalls Voraussetzung für einen attraktiven ÖPNV. Eine gute Anbindung von zentralen Standorten mit großen Besucher*innenströmen wie Kliniken, Schulen, Hochschulen und großen Arbeitgebern ist für uns zentraler Bestandteil einer Mobilitätsstrategie. In Zeiten des Fach- und Arbeitskräftemangels ist die Ausweitung autonomer Busangebote als Ergänzung zum regulären Linienverkehr ein Thema, das wir jetzt beginnen müssen, um in der Zukunft gerüstet zu sein.

Sicherheit und Sauberkeit

Die Haltestellen wie auch Busse und Bahnen selbst müssen Orte sein, an denen sich die Fahrgäste wohl- und sicher fühlen. Die SPD sorgt für mehr Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr durch ein abgestimmtes Gesamtkonzept aus Prävention, Präsenz und sozialer Verantwortung. Mit besser gestalteten Haltestellen, niedrigschwelligen Hilfesystemen und starker aufsuchender Sozialarbeit schaffen wir ein Umfeld, in dem sich alle Menschen – besonders Frauen, ältere Menschen und Jugendliche – sicher fühlen können. Dazu gehört mehr Präsenz und Aufsicht durch Sicherheitspersonal an den Haltestationen und Begleitpersonal in Zügen und Straßenbahnen. Kameras und Notrufsysteme müssen dort gut sichtbar und zugänglich sein. Graffitis müssen schnell wieder verschwinden und dürfen am besten gar nicht erst entstehen. Statt Symbolpolitik setzen wir auf wirksame Maßnahmen, die Sicherheit erlebbar machen und Teilhabe im Alltag stärken.

Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit

In Zeiten bundesweit schlechter kommunaler Finanzlagen müssen wir Prioritäten setzen – und notwendige Investitionen in Schiene und Straße müssen dabei Priorität haben. Stark belastete Strecken müssen ausgebaut werden. Langfristig wollen wir auch die Anzahl der zweigleisigen S-Bahn-Abschnitte erhöhen.

Der S-Bahnverkehr weist derzeit unstreitig komplexe Herausforderungen auf, denen sind wir uns bewusst. Wir arbeiten mit allen rechtlich möglichen und wirtschaftlich sinnvollen Mitteln daran, den S-Bahnverkehr so aufzustellen, dass er auch für die Menschen zufriedenstellend funktioniert.

Verlässliche Fahrgastinformation

Der ÖPNV ist dann eine echte Alternative zum Individualverkehr, wenn er ebenso verlässlich funktioniert. Einheitliche, korrekte Echtzeitinformationen an den Bahnstationen, auf der Homepage und über eine modernisierte ÜSTRA-App sind zwingende Voraussetzung für einen verlässlichen ÖPNV. Die relevanten Schritte hierfür sind auch unter unserer Mitwirkung bereits eingeleitet worden. Wir brauchen hier auch eine bessere Abstimmung zwischen den Verkehrsunternehmen, damit Anschlüsse sichergestellt werden können.

Nachhaltige Mobilität

Um ein nachhaltiges ÖPNV-Angebot zu schaffen, setzen wir auf erneuerbare Energien. Wir wollen Bahnverkehr mit Ökostrom und den Ausbau von Elektrobussen. Moderne Betriebshöfe bedeuten einen effizienteren Fahrzeugeinsatz.

5

Sichere Straßen und starker Radverkehr

Die Instandhaltung von Straßen und Radwegen ist auch eine Frage der Sicherheit. Die Kreisstraßen müssen deshalb regelmäßig instandgehalten und der Sanierungsstau abgebaut werden. In dem Zuge sollen mehr Kreisverkehre Kreuzungen ersetzen, die ein höheres Gefährdungspotenzial haben. Wir brauchen eine stärkere Verkehrsberuhigung in Ortsdurchfahrten. Dort, wo die jeweilige Stadt oder Gemeinde das möchte, wollen wir Tempo 30 ermöglichen. Ebenso wichtig wie die Straßeninfrastruktur ist auch die Radweginfrastruktur, diese wollen wir daher weiter ausbauen. Ziel ist die möglichst weitgehende durchgängige Nutzung von Radwegen. Der Ausbau von Fahrradgaragen an zentralen Anlaufpunkten ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, um das Radfahren attraktiv zu machen.

10

15

6. Schule und Bildung

Angesichts des Fachkräftemangels und der demografischen Veränderungen sind die Ertüchtigung und der Ausbau unserer berufsbildenden Schulen besonders wichtig.

5 **Auf dem Weg zur Bildungsregion Hannover!**

Chancengleichheit im Bildungswesen ist ein Kernanliegen sozialdemokratischer Politik. Sozialer Aufstieg durch Bildung ist deshalb ein wichtiges Ziel der SPD, das auch wir in der Region Hannover durch unsere Politik Wirklichkeit werden lassen wollen. Besonders nehmen wir dabei benachteiligte Gruppen in den Blick und sorgen für ihre Unterstützung. Hierbei geht es beispielsweise um Menschen mit Handicap, mit Unterstützungsbedarf beim Erwerb der deutschen Sprache oder um Personen aus armutsgefährdeten Haushalten. Unser Ziel ist, dass jedes Kind und jeder Jugendliche in der Region Hannover eine faire Chance auf einen guten Bildungsweg hat – unabhängig vom Geldbeutel oder Elternhaus.

15 **Schulbau**

Wir werden die Schaffung von hochwertigem und modernem Berufs- und Förderschulraum in den Mittelpunkt der kommenden fünf Jahre stellen. Dabei werden wir neben dem klassischen Schulbau durch die Regionsverwaltung verstärkt auf die regionseigene Schulbau-GmbH, Anmietung, modulares Bauen oder andere partnerschaftliche Modelle mit klarer öffentlicher Steuerung setzen. Dabei achten wir auf Barrierefreiheit, gute Lernbedingungen, Klimaschutz und kurze Wege. Innovative Projekte wie die Anmietung des ehemaligen Warenhauses nahe der Marktkirche in Hannover sind für uns ein großer Erfolg – und wir werden auch künftig den Weg für solche mutigen Lösungen im Schulbau frei machen.

25 **Von der Berufsschule zu integrierten Bildungsstandorten**

Die Berufsbildenden Schulen (BBS) werden wir gemeinsam mit allen Akteuren zu modernen und integrierten Bildungsstandorten weiterentwickeln – mit Lernwerkstätten, gut ausgestatteten Werk- und Fachräumen, digitaler Ausstattung und vielem mehr. Wir wollen, dass aus Berufsschulen moderne Lernorte werden, an denen Ausbildung, Weiterbildung und Beratung unter einem Dach zusammenkommen.

Beteiligungsprozesse

Für uns als SPD ist – insbesondere im Schulbau, aber nicht nur – die Mitbestimmung der Beteiligten wichtig. Wir sind der Überzeugung, dass dies zu besserer Qualität und mehr Gemeinschaft führt. Deshalb wollen wir Lehrpersonal, Erziehungsberechtigte, Lernende, Verwaltungsmitarbeitende und andere stets eng einbeziehen. Wer täglich in der Schule zu tun hat, weiß am besten, was gebraucht wird. Auf diese Weise entwickeln wir unsere Bildungseinrichtungen zu „Wohlfühlpunkten“ weiter.

Mittagessen an Schulen

40 Unser Ziel ist es, allen Schüler*innen in der Region ein regionales und nachhaltiges, gesundes und schmackhaftes Mittagessen anzubieten, welches die Familien entlastet. Ein zentrales Instrument zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit an Schule wird die Gründung einer Regionsküche mit Verarbeitungsbetrieb sein, die wir als SPD in den nächsten fünf Jahren anstreben. Deshalb wollen wir auch

mit allen Kommunen der Region Hannover dazu ins Gespräch gehen, um dieses gemeinsam und schrittweise umzusetzen. So entlasten wir Familien, stärken eine umweltfreundliche und verantwortungsvolle Landwirtschaft durch Förderung regionaler Wertschöpfungsketten in Sachen Ernährung“ sowie den Klimaschutz und sorgen dafür, dass kein Kind hungrig lernen muss.

5

Bildungsregion und Bildungsleitbild

Wir sind als SPD der Überzeugung, dass alle Akteure, die etwas mit Bildung zu tun haben, zusammenarbeiten müssen, um unser großes Ziel der Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Dies ist nicht zuletzt wichtig für die Sicherung unserer freiheitlichen Demokratie. Ein erster Schritt wird dazu die Erarbeitung eines gemeinsamen Bildungsleitbildes für die Bildungsregion Region Hannover sein. Verschiedene Institutionen legen den Grundstein für die Förderung des lebenslangen Entwicklungsprozesses von Menschen mit dem Ziel, die individuelle Entfaltung und die qualifizierte gesellschaftliche und berufliche Teilhabe stetig zu erweitern. Die Praxis zeigt, dass ein abgestimmtes Zusammenwirken der Bildungsinstitutionen und Bildungsakteure zu besseren Chancen führt, dass junge Menschen - unabhängig von ihrer sozialen Ausgangslage und ihrer Herkunft – ihr Leben selbstverantwortet gestalten zu können.

10
15

Die Region Hannover soll mit allen Akteuren im Bildungsbereich gemeinsam ein regionales Bildungsleitbild entwickeln, in welches das gemeinsame Grundverständnis und die Entwicklungsperspektive klärt. Auf dieser Basis kann klarer und verlässlicher als bisher die weitere Arbeit im Bildungsbereich stattfinden.

20

Übergang Schule – Beruf

Wir streben eine Verbesserung des Übergangs von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsschule und die duale Ausbildung an. Möglich wird dies z. B. durch eine Kooperation mit lokalen Unternehmen, um Lernende praxisnah auf die Arbeitswelt vorzubereiten. (s. Neustädter Modell) Jede*r Jugendliche und junge Erwachsene soll die Schule mit einer echten Perspektive verlassen – mit Abschluss, Ausbildungsplatz oder weiterführender Qualifizierung. Auf diese Weise stärken wir sowohl die vertikale als auch die horizontale Durchlässigkeit.

25

30

Inklusiver Übergang in den Arbeitsmarkt

Wir als SPD setzen uns dafür ein, das Modellprojekt „Inklusiver Übergang von der Schule in den Beruf“ zum Regelfall zu machen. In den kommenden Jahren werden wir andere Projekte mit vergleichbarer Zielsetzung mit dem Ziel, starten, Menschen mit Unterstützungsbedarf in den (ersten) Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen Teilhabe zu ermöglichen. Arbeit gibt Sicherheit, Anerkennung und Selbstständigkeit – niemand soll davon ausgeschlossen werden.

35

Ganztagschule, Sprachförderung und Schulsozialarbeit

In diesem Jahr tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter in Kraft – für uns ist das keine Frage von Bürokratie, sondern von echter Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Wir investieren entschlossen, schaffen bessere Bedingungen vor Ort und unterstützen die Schulen Schritt für Schritt beim Ausbau ihrer Angebote. Sprache und Schulsozialarbeit sind Schlüssel dafür, dass niemand verloren geht, sondern Unterstützung bekommt, wenn es schwierig wird. Wir bauen die Sprachförderung in den Berufsschulen weiter aus. Auch wollen wir die kommunale Schulsozialarbeit im Rahmen unserer Möglichkeiten erhalten und ausbauen.

40

45

Inklusion

Für Schüler*innen mit Förderbedarf haben wir in den vergangenen Jahren viel investiert. Neben der weiterhin verfolgten Sanierung respektive Neubau der Förderschulen und der Gründung des Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums Inklusive Schule (RZI) streben wir eine stärkere Begleitung von Schüler*innen mit Förderbedarf an. Dazu werden wir die wesentlichen Akteure im Inklusionsbereich (RZI, Bildungsbüro der Region Hannover, Förderschulen, Allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen u.a.m.) zusammenholen und das gemeinsame Inklusionskonzept für die Region Hannover weiterentwickeln. Dabei sind für uns Punkte wie kurze Schulwege, Zugang zu den Inklusiven Schulen und die bestmögliche Förderung der Kinder und Jugendliche wichtig. Inklusion heißt für uns: Das System passt sich den Kindern an, nicht umgekehrt.

Schullandheime

Wir werden unsere Schullandheime weiterhin selbst betreiben und beständig modernisieren. Schullandheime sind für viele Kinder die erste Reise ohne Eltern – solche Erfahrungen wollen wir weiterhin möglich machen, auch für Familien mit kleinem Geldbeutel.

Ausbau Medienkompetenz

Medien nehmen im Alltag immer mehr Raum ein. Deshalb ist es notwendig, den Umgang mit den verschiedenen Medien, z. B. Smartphones und digitalen Medien professionell zu begleiten. Das Medienzentrum der Region Hannover (MzRH) steht rund um Bildung und Kompetenz mit Medien als Ansprechpartner für Schulen, Kindertagesstätten und Akteure in der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung zur Verfügung. Das MzRH stellt kostenlos Medien und Geräte zur Verfügung, Lernräume laden zum Ausprobieren und Experimentieren ein. Lehrkräfte können sich im Medienbereich fortbilden. Die Arbeit des MzRH leistet auf diese Weise eine wichtige Prävention, deshalb unterstützen wir weiterhin die Arbeit unseres Medienzentrums.

Demokratieregion Hannover auch unter Beteiligung junger Menschen

Populistische Angriffe auf unsere demokratischen Institutionen bedrohen unser Miteinander, auch in der Region Hannover. Rechtsextremismus, Hass und Ausgrenzung wollen wir als SPD entschlossen entgegentreten. Deshalb wurde auf unsere Initiative die Demokratieregion Hannover ins Leben gerufen und trotz herausfordernder Haushaltslage mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet. Ziel ist eine Stärkung unserer Demokratie, z. B. durch Demokratiebildung, Jugendarbeit, Erinnerungsarbeit, Stärkung demokratischer Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten oder die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partner:innen wie Migrant*innenorganisationen, Vereinen oder auch Schulen. In diesem Rahmen werden wir beispielsweise die politische Bildung der Region Hannover stärken und die Zusammenarbeit der Gedenkstätte Ahlem mit anderen Akteuren ausbauen.

Politik und unsere Demokratie leben vom Mitmachen und vom Diskurs. Für unsere lebendige und freiheitliche Demokratie sind viele Perspektiven und intensiver Austausch aller Generationen wichtig.

Daher unterstützen wir Kommunen bei der Umsetzung von Beteiligungsformaten für junge Menschen, wie z.B. Jugendparlamente und Workshops. Darüber hinaus unterstützt die SPD Jugendfreizeiten, in denen sich Jugendliche zu Fragen der Umwelt, Freizeit oder Stadtentwicklung einbringen können. Das gilt auch für überregionale politische Projekte auf Bundes- und Europaebene.

5

Demokratie soll im Alltag erlebbar bleiben – bei Veranstaltungen vor Ort, in Vereinen, an Schulen und in der Nachbarschaft. Wir wollen zuhören, Sorgen ernst nehmen und deutlich machen: Die Region Hannover steht an der Seite der Demokrat:innen.

10 **Sport in der Region Hannover**

In Sportvereinen treiben unzählige Menschen in der Region Hannover gemeinschaftlich Vereinssport. Kein anderer Bereich arbeitet fair und so erfolgreich mit so vielen Ehrenamtlichen wie der Sport. Hier werden in hohem Maße Demokratie- und Beteiligungsprozesse hochgehalten, es wird für Gleichberechtigung und Teilhabe eingetreten, für Integration, Umwelt- und Klimaschutz geworben und es wird
15 Hass und Hetze entgegengetreten. Deshalb wollen wir als SPD die institutionelle Förderung des Regionssportbundes (RSB) und des Stadtsportbundes (SSB) fortsetzen. Darüber hinaus wird weiterhin eine wertschätzende Sichtbarmachung des Sports angestrebt, wie es z. B. durch nationale und internationale Sportereignisse möglich ist, die wir in die Region Hannover holen wollen.

20 Wir unterstützen besonders die Vereine vor Ort – z. B. mit dem e.coSport Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Sportstätten. Wir setzen uns dafür ein, dass Beiträge bezahlbar bleiben und Kinder, Jugendliche sowie Menschen mit geringem Einkommen nicht aus Kostengründen auf Sport verzichten müssen. Sportvereine sind Orte, an denen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenkommen – das wollen wir weiterhin durch verschiedene Projekte im Sport stärken. Wir werden
25 die Schwimmoffensive der Region Hannover fortsetzen, um sicherzustellen, dass jedes Kind in der Region sicher schwimmen lernen kann.

7. Gleichstellung und Integration

Die Region Hannover ist geprägt von Vielfalt. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Identität, sexueller Orientierung, Generationen und Lebensentwürfe leben hier zusammen, arbeiten hier, gründen Familien, engagieren sich ehrenamtlich und gestalten unsere Demokratie. Für uns als SPD ist klar: Diese Vielfalt ist unsere Stärke. Sie braucht Schutz, Förderung und klare politische Haltung. Gleichstellung, Integration und Antidiskriminierung sind deshalb keine Randthemen – sie sind wesentliche Inhalte sozialdemokratischer Politik in der Region Hannover. Für uns als SPD ist Gleichstellung eine dauerhafte Verpflichtung. Sie bedeutet gleiche Chancen auf Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe, faire Arbeitsbedingungen und eine diskriminierungsfreie Organisationskultur. Sie verlangt, strukturelle Benachteiligungen abzubauen und Macht- sowie Entscheidungsstrukturen kritisch zu hinterfragen.

Frauen stärken – Hilfsstrukturen ausbauen

Wir setzen uns dafür ein, dass präventive Gesundheitsangebote für Frauen und Mädchen weiterhin angeboten werden können. Außerdem haben wir in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erreicht: Die Beratungs- und Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt (BISS) wurden gestärkt, Frauenhäuser ausgebaut und barrierefreie Schutzplätze geschaffen. Wir werden auch weiterhin die Schutzräume für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen stärken. Themen wie Opferhilfe, Unterstützung und Beratung der Frauenberatungsstellen bleiben weiterhin auf unserer Agenda. Als eine konkrete Maßnahme zum Schutz von Frauen sehen wir das Frauen-Nachttaxi-Angebot der Uestra, für dessen Einführung und Beibehalt wir uns immer eingesetzt haben und weiterhin einsetzen.

Wir werden uns auch in Zukunft dafür stark machen, dass Beratungsstellen für Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind, weiterhin qualitativ arbeiten können. Kooperationsprojekte mit Polizei, Justiz und Beratungsnetzwerken zur Stärkung der Prävention (BISS) brauchen eine starke politische Unterstützung. Wir werden auch zukünftig Projekt zur Prävention vor Gewalt und zur Aufarbeitung von Gewalttaten unterstützen, wie z.B. durch die Förderung von Programmen zur Täterarbeit bei häuslicher Gewalt (z. B. Männerbüro).

Wir setzen uns mit Nachdruck für die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention ein und optimieren das bestehende flächendeckende Versorgungsnetz von Frauenberatungsstellen in der gesamten Region.

Altersarmut bei Frauen ist ein großes Problem und wird auch in den kommenden Jahren zunehmen. Daher ist es uns ein besonderes Anliegen Frauen in ihrer beruflichen und finanziellen Autonomie zu unterstützen. Angebote der Koordinierungsstelle Frau und Beruf oder Informationsangebote der Rentenkasse wollen wir bekannter machen und gemeinsam mit den Kommunen den Frauen zur Verfügung stellen.

Dazu gehört auch, dass wir die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Regionsverwaltung sowie den regionseigenen Betrieben und Einrichtungen durch politische Maßnahmen fördern wollen und die entsprechenden Ressourcen bereitstellen, um gegen ungleiche Bezahlung und fehlende Aufstiegschancen vorzugehen. Konkret setzen wir uns auch in der Region Hannover für moderne Arbeitsmodelle ein – etwa Top-Sharing in Führungspositionen, flexible Arbeitszeiten und

Home-Office. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Gleichstellungsaspekte wie Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sowie Maßnahmen zur Förderung von Vielfalt und Inklusion aktiv im Öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft umgesetzt werden.

- 5 Wir machen uns dafür stark, dass in jeder Kommune eine Gleichstellungsbeauftragte ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir setzen uns besonders dafür ein, dass Gleichstellungsbeauftragte aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben eine volle Stelle erhalten.

10 In den Liegenschaften der Region Hannover wollen wir für schwangere MitarbeiterInnen und für junge Mütter / Väter Ruhe- und Stillräume schaffen.

Wir stärken weiterhin die Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“ in der Region Hannover, um Angebote für Frauen in allen Lebenslagen bereitzustellen.

15 **Hilfe für Kinder und Alleinerziehende**

Gewalt an Frauen ist oft auch familiäre Gewalt. Kinder, die häusliche Gewalt erleben, leiden oft ein Leben lang unter den Folgen.

20 Deshalb wollen wir ein eigenständiges Kinder-BISS-Angebot schaffen, das sich direkt an gewaltbetroffene Kinder richtet. Hilfe muss niedrigschwellig, frühzeitig und kindgerecht sein. Kinderschutz ist für uns ein zentraler Bestandteil einer sozialen und demokratischen Gesellschaft.

25 Alleinerziehende sind besonders belastet: ca. ein Viertel der Haushalte mit minderjährigen Kindern in der Region Hannover sind Allein-Elternfamilien. Davon werden ca. 80 % von Frauen geführt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sorgen um die finanzielle Sicherheit und noch vieles mehr – Alleinerziehende haben viele Herausforderungen zu bewältigen und müssen dabei oft ohne doppelten Boden agieren. Aus diesem Grund unterstützen wir in der Region Hilfsangebote, die den Alleinerziehenden stabile Unterstützung, flexible Kinderbetreuung, bessere Perspektiven und stärkere Vernetzung anbieten.

30 Wichtig ist uns der Ausbau der Freizeit-Angebote für Familien und Alleinerziehende. Wir wollen Strukturen schaffen, die es Alleinerziehende in der ganzen Region Hannover ermöglichen an Familien- und Alleinerziehenden-Freizeiten teilnehmen zu können.

35 Daher ist es uns ein wesentliches Anliegen eine niedrigschwellige und umfassende Beratungs- und Vernetzungsstruktur, wie sie auch im Verein „Alleinerziehende Mütter und Väter“ gelebt wird, für Einelternfamilien auszubauen.

40 Außerdem arbeiten wir auch zukünftig gemeinsam mit der Bildungspolitik und der Jugendpolitik daran, dass die Betreuungsangebote für Kinder konsequent ausgebaut werden.

Denn: Wer Familie trägt, darf nicht allein gelassen werden.

Teilhabe als gesellschaftliche Aufgabe

Integration verstehen wir als umfassende Teilhabepolitik. Menschen kommen aus unterschiedlichen Lebenslagen in die Region Hannover, um hier zu leben, zu arbeiten und sich einzubringen. Integration bedeutet für uns Zugehörigkeit, Mitbestimmung und gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Angeboten. Wir begreifen sie als Querschnittsaufgabe, die Bildung, Arbeit, Verwaltung, Wohnen und gesellschaftliches Engagement gleichermaßen betrifft.

Das fachliche Verständnis von Integration hat sich weiterentwickelt. Gesellschaftliche Teilhabe wird heute durch vielfältige Faktoren geprägt – darunter Migration, soziale Lage, Geschlecht, Behinderung, Alter, sexuelle Orientierung sowie Mehrfach- und Diskriminierungserfahrungen. Als SPD stehen wir für ein modernes Integrationsverständnis, das Vielfalt als Stärke begreift und Teilhabe, Zugehörigkeit und den Abbau von Diskriminierung zusammendenkt.

Deshalb werden wir das Integrationskonzept der Region Hannover weiterentwickeln und an die gesellschaftlichen Realitäten unserer Zeit anpassen. Integration braucht klare Ziele, politische Verantwortung und eine verlässliche Perspektive. Wir wollen, dass Teilhabe in der Region nicht vom Zufall abhängt, sondern dauerhaft gesichert wird.

Integrations- und Teilhabearbeit findet überwiegend in den Kommunen statt. Die Region begleitet, unterstützt und stärkt diese Arbeit durch Austausch, Vernetzung und gemeinsame Lernprozesse. Gleichzeitig übernehmen wir Verantwortung dafür, Integration auch auf regionaler Ebene weiterzuentwickeln und ihr ein klares politisches Gewicht zu geben.

Antidiskriminierung ist für uns dabei kein Nebenthema. Wir begleiten gemeinsame Einrichtung und Umsetzung der Antidiskriminierungsstelle mit der Landeshauptstadt Hannover. Diskriminierung darf in unserer Region keinen Platz haben – weder im Alltag noch in Institutionen.

Den Regionsfonds für Vielfalt und Teilhabe werden wir fortführen und weiter stärken. Migrant*innen-Selbstorganisationen, Jugendinitiativen und zivilgesellschaftliche Projekte sind unverzichtbare Partner einer lebendigen Demokratie. Zugangsbarrieren in Verwaltung und öffentlichen Angeboten werden wir weiter abbauen – sprachlich, strukturell und kulturell.

Integration gelingt dort, wo Menschen gehört werden und mitgestalten können. Dafür stehen wir als SPD in der Region Hannover.

Queere Politik für die Region Hannover

Queere Politik ist für uns als SPD in der Region Hannover kein Nischenthema, sondern demokratischer Kern: Wir wollen, dass alle Menschen hier sichtbar, sicher und selbstbestimmt leben können – unabhängig von Geschlechtsidentität oder Familienform.

Queer als Querschnitt: Wir verankern queere Lebensrealitäten als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern der Region – von Jugend über Gesundheit bis Mobilität und Kultur. Dazu entwickeln wir einen regionalen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit mit klaren Zielen, Zeitplänen, Evaluation und verbindlicher Beteiligung der queeren Zivilgesellschaft.

Strukturen und Beteiligung stärken: Wir setzen uns für ein dauerhaftes, paritätisch besetztes Gremium zu queerer Politik in der Region Hannover ein, das regelmäßig tagt und direkt in politische Entscheidungen eingebunden ist.

- 5 Sichtbarkeit, Schutz und Räume: Wir bauen auf bestehendes Engagement – Unterstützung des CSD Hannover, von SCHLAU, dem Andersraum, des Jugendzentrums QueerUnity und die geplante Erklärung der Region als Freiheitsraum für LGBTIQ+-Personen („Freedom Zone“) – und entwickeln es zu einer umfassenden Sichtbarkeitsstrategie weiter. Dazu gehören Kampagnen im öffentlichen Raum, der Ausbau sicherer Orte und Beratungsangebote sowie die konsequente Berücksichtigung von
- 10 Queerfeindlichkeit in Präventions- und Sicherheitskonzepten der Region.

Region als queerfreundliche Arbeitgeberin: Die Region Hannover soll eine vorbildliche, queer-sensible Arbeitgeberin sein, die aktiv um queere Fachkräfte wirbt.

- 15 Wir fordern diskriminierungsfreie Personal- und IT-Strukturen (Formulare, Software, Sprache), Fortbildungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sowie ein starkes internes LSBTIQA*-Netzwerk.

- Jugend, Bildung, Kultur und Gesundheit: Queere Jugendarbeit, inklusive Familienpolitik, queersensible Gesundheitsversorgung und Kulturangebote mit queerer Perspektive machen wir zu selbstverständlichen Bestandteilen regionaler Infrastruktur. Wir setzen uns für den Ausbau queerer Jugend- und Beratungsangebote, für Antidiskriminierungsarbeit an Schulen und im Sport sowie für die Sichtbarkeit queerer Geschichte und Kultur in den Einrichtungen der Region ein.
- 20

- Vielfalt ist für uns demokratische Normalität. Vielfalt ist kein Randthema. Sie ist Fundament unserer
- 25 Demokratie.

8. Digitale Verwaltung

Digitalisierung ist für uns kein technischer Selbstzweck und keine bloße Modernisierungsfassade, sondern das Fundament moderner Daseinsvorsorge im 21. Jahrhundert. Klar ist, dass die Digitalisierung der Verwaltung nicht dazu führen darf, dass Menschen von der Inanspruchnahme der Leistung ausgeschlossen werden. Das stellen wir sicher. Wir begreifen eine leistungsfähige, service- und lösungsorientierte, digitale Verwaltung als zentralen Garanten für ein funktionierendes Gemeinwesen und als unverzichtbares Schutzschild unserer Demokratie. Gerade in Zeiten des spürbaren Fach- und Arbeitskräftemangels ist die konsequente Digitalisierung von Prozessen zwingende Voraussetzung dafür, dass die Region Hannover ihr Leistungsversprechen gegenüber den Einwohner:innen auch in Zukunft einlösen kann. Dafür müssen Prozesse neu gedacht und verschlankt werden.

Für uns bedeutet Digitalisierung vor allem Teilhabe: Unser Leitbild ist eine Verwaltung, die bürokratische Barrieren abbaut, eine hohe Verlässlichkeit bietet, niedrighschwelligen Zugang gewährt, Sprachhürden überwindet und den Bürger:innen Zeit erspart – und das alles bei hoher Servicequalität. Wir gestalten den digitalen Wandel nach unseren Werten:

- transparent, um staatliche Entscheidungen nachvollziehbar zu machen,
- gerecht, um sicherzustellen, dass niemand durch digitale Hürden ausgeschlossen wird,
- und sicher, um die Souveränität über die Daten unserer Bürger:innen zu wahren.

Unser Ziel ist eine Verwaltung, die das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates nachhaltig stärkt. Digitalisierung ist ein laufender Prozess, wir wollen mit den folgenden konkreten Projekten beginnen:

Service-Plattform Region Hannover

Wir entwickeln unser Serviceportal zur zentralen „Service-Plattform Region Hannover“ weiter. Unser Ziel: Bis 2031 können 80 % aller Dienstleistungen der Region vollständig digital erledigt werden – einfach, bürger:innennah und schnell. Nach dem „Once-Only-Prinzip“ sollen Daten wo immer rechtlich zulässig und technisch möglich, nur noch einmal eingegeben und dann weitergenutzt werden. Wir müssen mittelfristig auch dahin kommen, dass dieses Prinzip zwischen den Kommunen in der Region Hannover und der Region sowie zwischen den Regionskommunen gilt. Wo möglich wollen wir auch auf Antragsverfahren verzichten. Wir setzen konsequent auf Web-Lösungen und folgen der „Digitalen Dachmarke“ des Bundes, um den Zugang für alle Einwohner:innen – egal auf welchem Endgerät – so einfach wie möglich zu gestalten.

Der Digitale Soziallotse

Wir entwickeln einen KI-gestützten „Soziallotsen“ für die Service-Plattform – ein niedrighschwelliges Hilfsangebot, das ankommt. Dieser führt die Menschen verständlich durch den Bürokratie-Dschungel und zeigt proaktiv auf, welche Leistungen (z. B. Wohngeld oder Bildungs- und Teilhabepaket) ihnen zustehen. So sichern wir soziale Rechte auch ohne Behördendeutsch und komplizierte Formularsuche.

KI-Offensive schafft mehr Zeit für Beratung

Wir nutzen Künstliche Intelligenz, um Routineaufgaben in der Verwaltung zu automatisieren. Das verkürzt die Bearbeitungszeiten für die Einwohner*innen deutlich und entlastet unsere Mitarbeitenden. So gewinnen wir Zeit für das Wesentliche: die persönliche Beratung in komplexen Lebenslagen.

5

Digitales Fördermittelmanagement von der Beantragung bis zur Auszahlung

Wir überführen die Vergabe von regionalen Fördermitteln in ein vollständig digitales Management-System, um den Zugang zu finanzieller Unterstützung für Vereine, Initiativen und Unternehmen radikal zu vereinfachen. Durch schlanke, digitale Antragsstrecken und eine automatisierte Statusverfolgung reduzieren wir den bürokratischen Aufwand für die Antragstellenden und beschleunigen die Auszahlung dringend benötigter Mittel. Intern nutzen wir digitale Workflows, um die Prüfprozesse effizienter zu gestalten und eine transparente Vergabe von Fördergeldern zu ermöglichen, die den administrativen Aufwand in der Verwaltung spürbar senkt.

10

Smart Region-App

Eine zentrale Smart Region-App für Termine, Bürger*innenbeteiligung, Mobilität, öffentliche Informationen und vieles Weitere soll die Region Hannover auch digital erlebbar machen.

15

Transparenz schaffen und Erfolge darstellen

Wir machen das Handeln der Region sichtbar und nachvollziehbar. Ein öffentliches Dashboard zeigt tagesaktuell, wie und wo regionale Gelder für wichtige Projekte wie Klimaschutz, Sozialleistungen oder den Ausbau des ÖPNV eingesetzt werden. Das schafft Vertrauen durch echte Nachvollziehbarkeit.

20

Open Data

Wir stellen nicht-sensible Verwaltungsdaten dort wo möglich als „Open Data“ der Allgemeinheit zur Verfügung. Damit fördern wir Innovationen in Wirtschaft und Wissenschaft, unterstützen Start-ups in der Region und ermöglichen neue Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit.

25

Digitale Souveränität

Wir sichern die Unabhängigkeit unserer Verwaltung. Während wir für die Arbeitsfähigkeit auf moderne Standardsoftware setzen, forcieren wir gleichzeitig offene Schnittstellen und Open-Source-Lösungen. Wir schützen die Daten unserer Einwohner*innen in regionalen Rechenzentren und machen uns unabhängig von globalen Tech-Konzernen.

30

35

9. Sicherheit und Ordnung

Sicherheit ist Voraussetzung für Vertrauen, Teilhabe und Lebensqualität. Die Region Hannover ist ein Erfolgsmodell und das soll sie bleiben. Wir stehen für eine Region, in der Menschen sich sicher fühlen: Auf Straßen und Plätzen, im öffentlichen Raum und in ihrem persönlichen Wohnumfeld.

5

Sicherheit – objektiv wie subjektiv – entsteht nicht durch Angstmacherei, sondern durch sichtbare Präsenz, Prävention, Respekt und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie entsteht auch durch einen handlungsfähigen Staat, der in Krisensituationen schnell, planvoll und verlässlich reagiert. Wir stehen für eine moderne, handlungsfähige und solidarische Sicherheitspolitik. Für eine Region Hannover, in der man sich aufeinander verlassen kann. Für Sicherheit mit Augenmaß – verantwortungsvoll, sozial und zukunftsfest.

10

Starkes Sicherheitsnetz heute und morgen

Der Bevölkerungsschutz in der Region Hannover baut auf ein eng geknüpfted Sicherheitsnetz aus Berufsfeuerwehr, rund 200 Ortswehren der freiwilligen Feuerwehren, den Hilfsorganisationen (DRK, ASB, Johanniter und Malteser) sowie dem THW. Dieses System hat sich bewährt und wir werden es weiter stärken.

15

Unsere Schwerpunkte sind die Stärkung des Ehrenamts durch verlässliche Unterstützung, moderne Ausstattung und gute Rahmenbedingungen, der Neu- und Ausbau der Feuerwehrtechnischen Zentren in Ronnenberg und Burgdorf, die stetige Modernisierung der technischen Ausrüstung der Regionsfeuerwehr sowie die finanzielle Unterstützung der Hilfsorganisationen als unverzichtbare Partner im Bevölkerungsschutz.

20

Katastrophenschutz zukunftsfest machen

Extremwetter, Hochwasser und Dürreperioden zeigen: Der Klimawandel stellt neue Anforderungen an unsere Sicherheitsstrukturen. Wir setzen uns ein für mehr Investitionen in den Katastrophenschutz und bessere interkommunale Kooperation. Wir benötigen verbesserte Sicherheitstechnik wie etwa eine moderne Ausstattung zur Hochwasserbekämpfung, um die Krisenvorsorge zu stärken. Informations- und Notfallpunkten („Leuchttürme“) als Sammelstellen für Krisensituationen müssen ausgebaut und bekanntgemacht werden. Zudem braucht es als Präventionsmaßnahme konkrete Anpassungsmaßnahmen an die Folgen des Klimawandels, insbesondere im Hochwasserschutz, um Krisen gar nicht erst entstehen zu lassen. Unser Ziel ist ein resilienter Bevölkerungsschutz, der schnell, professionell und verlässlich handeln kann.

25

30

35

Rettungsdienst und Sicherheit im Alltag stärken

Sicherheit bedeutet auch schnelle Hilfe im Notfall. Deshalb wollen wir den Rettungsdienst in der Fläche weiter verbessern, damit Hilfe überall in der Region zügig ankommt. Präventive Strukturen, die Gefahren frühzeitig erkennen und entschärfen, müssen gestärkt werden.

40

Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Kommunen und sozialen Trägern wollen wir weiter intensivieren.

Dialog statt Symbolpolitik

Sicherheit gelingt am besten im Dialog. Deshalb regen wir dort, wo es erforderlich ist, regionale Sicherheitskonferenzen an. Polizei, Kommunen, Sozialverbände, Zivilgesellschaft und Bürger*innen sollen regelmäßig zusammenkommen, um Sicherheitsstrategien gemeinsam zu reflektieren und weiterzuentwickeln.

5

Unser Ansatz ist klar: Prävention vor Repression. Kooperation vor Konfrontation. Zusammenhalt vor Spaltung.

10. Kultur in der Region Hannover

Wir haben als SPD in der Region Hannover dafür gesorgt, dass es trotz des Haushaltssicherungs-Programms keine Kürzungen im Kulturretat gab. Es reicht aber nicht, in diesem Status Quo zu verharren: Wir streben einen notwendigen Ausbau der Kulturpolitik in der Region Hannover an. Künstler*innen, professionelle Kultureinrichtungen, ehrenamtlich geführte Kulturvereine und nicht zuletzt die zahlreichen Kulturorte in der Region Hannover sind in hohem Maße auch für die Kulturwirtschaft relevant. Die substanzielle Förderung von Kunst und Kultur in

Stadt und Land generiert gleich mehrfachen Gewinn, der weit über die reine Markt-Logik hinausreicht: Kultur schafft regionale Identität, erschließt regionales Kulturerbe und bietet den Einwohner*innen eine kulturelle Heimat. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur öffnet Fenster in eine innovative Zukunft, bietet Partizipation, Teilhabe und kulturelle Bildung. Die Stärkung von Vielfalt, künstlerischer Fantasie und kreativer Wahrnehmung gesellschaftlicher Prozesse ist ein wertvolles Instrument gegen jede Form von Demokratieverachtung. Vereinzelung oder Vereinsamung ist keine Option für die Menschen in der Region Hannover. Der soziale Zusammenhalt muss im Mittelpunkt stehen. Dazu dienen in hervorragender Weise erreichbare Kunst- und Kulturorte in der Stadt und in den ländlichen Räumen. Wir stärken die Orte, an denen Menschen einander begegnen können, denn: Kultur schafft Zusammenhalt und ist unverzichtbar für eine Gesellschaft, die demokratisch in Frieden, Freiheit und Vielfalt zusammenleben will.

Die SPD steht für die hohe Bedeutung von kulturellen Angeboten für die Menschen unterschiedlicher Altersgruppen in der Region und setzt sich für eine ausgewogene Kulturförderung in den Regionalkommunen und insbesondere auch in den Umlandkommunen ein.

11. Solide Finanzen & Zukunftsinvestitionen

In herausfordernden Zeiten steht die SPD in der Region Hannover für solide kommunale Finanzen. Die kommunalen Ausgaben – gerade bei den übertragenden Pflichtaufgaben z. B. im sozialen Bereich, wo die Ausgaben nicht von den Kommunen selbst beeinflusst werden können – wachsen immer weiter und die Einnahmen können nicht mithalten. Genau deshalb müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln klug und effizient umgehen und auch andere Finanzierungswege prüfen. Unsere Finanzpolitik verfolgt das Ziel, eine lebenswerte, zukunftsfähige Region für alle zu gestalten.

Nur gemeinsam eine starke Region

Die Stärke der Region liegt darin, gemeinsam mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden die Aufgaben in den Blick zu nehmen. Wir identifizieren Verbesserungspotentiale bei Förderrichtlinien und gemeinsamen Projekten, um die Kommunen weiter zu entlasten. Wir prüfen, wo die Erfüllung kommunaler Aufgaben in Partnerschaft zwischen der Region und den ihr angehörenden 21 Städten und Gemeinden bei der Sicherung vergleichbarer öffentlicher Infrastruktur stattfinden kann. Diese Zusammenarbeit geschieht auf Augenhöhe im Vertrauen auf die jeweilige eigene Leistungsfähigkeit und unsere gemeinsame Stärke. So wollen wir auch beim Thema Regionsumlage weiter verfahren.

In die Zukunft investieren und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

Wir werden uns Aufgaben und Prozesse ansehen, um durch Priorisierung Spielräume zu schaffen. Diese benötigen wir, um in den zentralen Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge – Soziales und Gesundheit, Bildung und Beschäftigung sowie Mobilität und Klimaschutz – weiter investieren zu können. Denn eine starke öffentliche Infrastruktur ist nicht nur das wirtschaftliche Fundament der Region, sie sichert – zusammen mit unseren Vereinen und Verbänden – auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Investitionshilfen von Bund und Land wollen wir hier gezielt mit einplanen, um Schwerpunkte zu setzen, die wir finanzieren müssen.

Herausgeber:

SPD-Unterbezirk Region Hannover
Roland Pahl (Geschäftsführer)
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover
E-Mail: region.hannover@spd.de

